

Manfred Opel

Die Zukunft der Wehrpflicht in und für Deutschland

Der Versuch, zu einem zukunftssicheren Urteil zu gelangen

[Tagung der SPD Berlin]

PRIVAT:

Piernsweg 4

D – 25 821 BREKLUM

Tel: +49 – 46 71 – 9 4 35 03

Fax: +49 – 46 71 – 9 330 337

Mobil: +49 – 173 – 688 2 886

eMail: manfred.opel@t-online.de

09. März 2005

Grundsatz

Die Wehrpflicht, als Notwendigkeit zum Dienst in den eigenen Streitkräften, ist für friedensverpflichtete Demokratien ein hohes sicherheitspolitisches Gut.

Alle Entscheidungen über die Wehrpflicht reichen weit über den Tag hinaus.

Für politische Experimente und für kurzfristig wirksamen Aktionismus darf die Wehrpflicht daher nicht verfügbar gemacht werden.

Jede grundsätzliche Entscheidung über Existenz, Art und Dauer der Wehrpflicht erfordert eine sorgfältige und verantwortungsbewusste Abwägung.

Mehr als jede andere Grund-Entscheidung über die Wehrstruktur bestimmt die Wehrpflicht den Charakter von Streitkräften. Die Wehrpflicht darf daher nicht isoliert betrachtet werden. Sie greift Tag für Tag direkt in die Auftragserfüllung der Truppe ein und bestimmt ihre Leistungsfähigkeit. Sie ist unlösbar mit dem Selbstverständnis und mit den Aufgaben eines Staates, mit der gesamten Struktur der Streitkräfte sowie speziell mit dem Reservisten-Wesen verbunden.

Die Wehrpflicht betrifft praktisch jedermann in der Gesellschaft direkt oder indirekt. Sie wirkt gleichsam flächendeckend in das Schicksal jedes Einzelnen, jeder Familie oder jedes Betriebes hinein. Die Diskussion um die Wehrpflicht wird daher immer auch aus persönlicher Betroffenheit heraus geführt.

Entscheidungs-Situation

Deutschland hat zentrale und langfristige sicherheitspolitische Verpflichtungen, die militärische Einsätze einschließen können.

Deutsche Grundwehrdienstleistende (GWDL) stehen jedoch für UN-orientierte Auslandseinsätze, welchen Zuschnitts auch immer, grundsätzlich nicht zur Verfügung.

Das bedeutet, dass die „Bundeswehr im Einsatz“ heute und in Zukunft ausschließlich aus Freiwilligen besteht und bestehen wird.

Die „**Bundeswehr im Einsatz**“ ist daher bereits jetzt eine reinrassige **Freiwilligen-Armee**.

Allein aus diesem Grund ist die emotionale und wenig sachorientierte öffentliche Debatte über die „Anwendung der Wehrpflicht im tiefen Frieden“ – denn allein darum geht es – nur schwer nachzuvollziehen.

In der öffentlichen Debatte über die Wehrpflicht wird häufig nicht aufrichtig argumentiert.

Da werden sogar vom Verteidigungs-Ministerium jene Wehrpflichtigen, die sich **freiwillig** verpflichtet haben länger zu dienen, flugs den „aufgrund der Wehrpflicht Grundwehrdienstleistenden“ zugezählt. Das ist zumindest irreführend.

Sie leisten zusätzlich freiwilligen Dienst von bis zu 23 Monaten Dauer.

Diese sog. FWDLs, also „Freiwillig zusätzlichen Wehrdienst Leistenden“, sind, wie der Name schon sagt, „Freiwillige“. Sie sind eben nicht Grundwehrdienstleistende, die heute nach dem

Wehrpflichtgesetz für 9 Monate zum Dienst verpflichtet sind.

Bei der gesamten Wehrpflicht-Debatte geht es ausschließlich um die derzeit 9 Monate dienenden **Grundwehrdienstleistenden**. Das darf man nie aus dem Blick verlieren.

Problem-Diskussion

Die Bundeswehr braucht eine **Struktur**, die es ihr erlaubt, **im internationalen Verbund** ihre Aufträge bestmöglich zu erfüllen. Diese Grundforderung an die deutschen Streitkräfte greift weit über Legislaturperioden hinaus.

Deutsche Streitkräfte müssen einerseits in der Lage sein, auch kurzfristig massiv auf alle denkbaren Anforderungen reagieren zu können. Andererseits verbietet es sich allein aus ökonomischen Gründen, dafür eine teure und umfangreiche Truppe sogar in tiefsten Friedenszeiten zu unterhalten.

Die Lösung für diese Grundsatz-Aufgabe liegt eindeutig in einer kurzfristigen und breiten Aufwuchsfähigkeit der Truppe mit gut ausgebildeten Soldaten. Dafür benötigt man eine große Anzahl ständig weiter auszubildender Reservisten.

Die Skandinavier machen uns das vor. Sie bewältigen ihre Auslands-Einsätze mit 60%, ja sogar mit bis zu 80% Reservisten. Der deutsche Reservisten-Anteil bei Auslands-Einsätzen liegt hingegen im mittleren einstelligen Prozent-Bereich.

Solche einsatzbereite Reservisten können in der Regel keine wenig erfahrenen und nur kurz ausgebildeten Grundwehrdienstleistenden sein. Einsatzbereite Reservisten können nur aus Zeitsoldaten und aus in Reserveübungen weiter intensiv ausgebildeten ehemaligen Grundwehrdienstleistenden bestehen.

Ein solches System der „defence capability on call“, also der vollen Verteidigungsfähigkeit auf Zuruf, kann nur durch ein „lebendes Milizsystem“ gewährleistet werden. Ein solches System gibt es in Deutschland derzeit nicht.

(Übrigens hat die SPD auf ihrem Wiesbadener Parteitag 1993 ein Milizsystem als Alternative angedacht; leider aber nicht aktiv weiter verfolgt.)

Es gibt allein aus wirtschaftlichen, vor allem aber aus militärischen Gründen keine Alternative zu einem Verbund-System aus aktiver Truppe und einem darin integrierten sowie flexiblen Reservisten-System neuen Typs. Der Umfang der „übenden Reservisten“ sollte mindestens das Doppelte der stehenden Truppe umfassen. Ihre Steuerung und Betreuung sollte in Zukunft dezentral sowie von der Truppe selbst erfolgen.

Unsere wesentlichsten Bündnispartner setzten – teilweise bereits vor Jahren – die Wehrpflicht im Frieden aus. Das taten sie aus guten Gründen.

Diese Entscheidung, die Wehrpflicht im tiefen Frieden auszusetzen (**nicht**: abzuschaffen!) hat für die eng verflochtenen Streitkräfte in NATO und EU sowie vor allem bei Auslandseinsätzen erhebliche Konsequenzen.

Die Wehrpflicht in Deutschland steht folglich mehr denn je auf dem Prüfstand.

Deutschland hat sich bei der Anwendung der Wehrpflicht ohne jede Not international isoliert. Eine europäische Armee (im Frieden), die das erklärte Fernziel der EU darstellt, ist mit Wehrpflichtigen undenkbar.

Die „Europäische Armee“ der Zukunft wird eine Freiwilligen-Armee sein – oder es wird sie nicht geben.

Je länger man mit einer klaren und langfristig tragfähigen Entscheidung wartet, desto mehr Schaden nimmt die deutsche Sicherheitspolitik und speziell die gesamte Bundeswehr.

Die Wehrpflicht hat in ihrer gegenwärtigen Form längst keine Zukunft mehr.

Das spüren die Menschen – und vor allen die betroffenen Soldaten – sehr wohl.

Alle Hilfs- und Aushilfs-Argumente wirken gestammelt.

Da wird gewarnt, die Bundeswehr dürfe nicht zu einem „beliebigen Dienstleister in Sachen Sicherheit“ werden. Als ob das bei einer Freiwilligenarmee so wäre.

„Experten“ warnen, für „Soldaten in Einsätzen weit außerhalb unserer Grenzen“ sei „es wichtig, dass das Militärische dem Zivilen nicht fremd wird“. Doch bisher war noch kein einziger deutscher Grundwehrdienstleistender gezwungenermaßen im Auslandseinsatz.

Und wem gar kein Argument mehr einfällt, der plädiert für den Erhalt „unserer traditionellen Werte“. Ist das tatsächlich die Wehrpflicht? Man denke nur eine Minute daran, was deutsche Wehrpflichtigen-Armeen alles zu verantworten haben. Traditionelle deutsche Werte?

Es gibt im tiefen Frieden allenfalls noch vereinzelt gute Argumente **für** die Anwendung der Wehrpflicht. Weit mehr solide Argumente gibt es **dagegen**. Dennoch gilt es sorgfältig abzuwägen.

Eine „Abschaffung“ der Wehrpflicht, also eine entsprechende Verfassungs-Änderung, scheidet ohnehin aus. Sie ist sicherheitspolitisch nicht zu verantworten. Die politische Entscheidungsfreiheit wäre in einer ernsthaften Krise unverhältnismäßig eingegrenzt.

Im Kern geht es daher bei der Wehrpflicht-Debatte um die Frage:

► *Soll man im tiefen Frieden und angesichts der Zukunfts-Aufgaben der Bundeswehr die Wehrpflicht WEITER ANWENDEN oder soll man sie RUHEN LASSEN?*

Wenn man sie weiter anwenden will, muss man die Frage beantworten:

► *Wie soll die Wehrpflicht in Zukunft AUSGESTALTET werden?*

In jedem Fall jedoch muss man die Frage beantworten:

► *Wie soll in Zukunft die Aufwuchsfähigkeit der deutschen Bündnis-Streitkräfte mit sofort voll einsatzfähigen Soldaten gewährleistet werden?*

Erwägungen

Die zukünftige internationale Sicherheits-Situation und die integrative Verflechtung der deutschen Truppe mit reinen Freiwilligen-Verbänden der wichtigsten NATO-Partner sprechen auch in Deutschland klar für eine reine Freiwilligen-Armee.

Die gestiegenen Anforderungen von militärischen Systemen und Einsatz-Situationen sowie vor allem der wesentlich geringere Umfang der Streitkräfte erfordern umfangreicheres Wissen und erhebliche praktische Erfahrung bei jedem einzelnen Soldaten.

Das vermögen nur länger dienende Soldaten zu leisten.

Man vergleiche nur unser duales Berufsbildungs-System, auf das wir mit Recht stolz verweisen, mit der Ausbildung der Soldaten.

Es wird doch wohl niemand, der die Verantwortung für Leib und Leben unserer Soldaten empfindet, behaupten wollen, man könne im Prinzip die Ausbildung für die extrem verantwortungsvolle und risikoreiche Tätigkeit eines Soldaten in kürzerer Zeit bewältigen können, als für jeden anderen Handwerks-Beruf.

Die gegenwärtigen und die absehbaren Bedrohungen sowie vor allem auch das zukünftige berufliche Anforderungs-Profil an unsere Soldaten sind nicht mehr dazu geeignet, einen massiven Eingriff in die individuellen Freiheitsrechte der jungen deutschen Männer für eine Wehrpflicht-Dauer von 9 Monaten überzeugend zu begründen.

an dieser Stelle ist ein Wort zum Zivildienst angebracht.

Der wird häufig vorgeschoben, um den Wehrdienst als unverzichtbar darzustellen.

Der Zivildienst ist in der Tat zum gleichgewichtigen „Regeldienst“ mutiert.

Doch der Zivildienst ist nicht das verfassungsgemäße Primärziel der Pflicht zum Wehrdienst. Schon gar nicht mag er Art und Dauer der Wehrpflicht zu begründen.

Das **entscheidende Argument für die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht** erwächst heute aus der geringen Attraktivität der Bundeswehr bei der freien Anwerbung der notwendigen Zahl an Bewerbern für die Laufbahn als Zeit- und Berufs-Soldat (Längerdienner).

Aus den einberufenen Grundwehrdienstleistenden (GWDL) werden nämlich

- sämtliche „Freiwillig zusätzlich (bis zu 23 Monate) Wehrdienstleistende“ (FWDL)
- und bis über die Hälfte der Längerdienner (Zeit- und Berufs-Soldaten) gewonnen.

Die deutschen Streitkräfte bedürfen demnach auf absehbare Zeit unbestreitbar der Wehrpflicht, um ihre zahlenmäßige Stärke auch in Zukunft in angemessener Qualität halten zu können. Dieses Faktum kann man weder relativieren noch wegdiskutieren.

Damit stellt sich (für die verantwortliche Politik) **nur noch die Frage nach der militärisch und wirtschaftlich optimalen Dauer des Grundwehrdienstes.**

Die Lösung aller Wehrdienst-Probleme ergibt sich aus der „politischen Antwort“ darauf.

Bei einer 9-monatigen Grundwehrdienstdauer nimmt die Grundausbildung 3 Monate in Anspruch. Jeder GWDL ist also nur bis zu 6 Monate lang in der Truppe.

In dieser Zeit kann er nicht umfassend ausgebildet werden. Sein Kampf-Einsatz ist – selbst dort, wo er nach dem Grundgesetz möglich wäre – nicht zu verantworten.

Eine Verlängerung des Grundwehrdienstes scheidet als Option ganz offensichtlich aus.

Will man sinnvollerweise die Einsatz-Truppe dennoch nur mit gut ausgebildeten Soldaten ausstatten, dann empfiehlt es sich, **den Wehrdienst auf 3 Monate zu beschränken.**

Die 3-monatige Wehrpflicht würde in reinen Ausbildungs-Einheiten abgeleistet werden.

In der Truppe gäbe es nur Freiwillige und keine GWDL.

Die Zahl der GWDL-Stellen könnte auf etwa 30.000 bis 35.000 abgesenkt werden.

Damit würde man auch den künftigen Umfang der Streitkräfte auf etwa 235.000 Soldaten reduzieren können, ohne dass Kampfkraft verloren geht.

Während nach heutiger Planung jährlich etwa 70.000 GWDL (auf 55.000 Stellen) herangezogen werden können, würde sich diese Zahl in Zukunft auf etwa 120.000 pro Jahr (auf ca. 30.000 Stellen) erhöhen. **Das Werbe-Potenzial wäre deutlich höher.**

Und genau darin liegt ja das Haupt-Rational für die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht.

Die kürzere Wehrdienst-Dauer erhöht zudem die Heranziehungs-Gerechtigkeit und damit auch die Wehr-Gerechtigkeit. Der Eingriff in die individuelle Lebensplanung der GWDL bliebe minimal. Die meisten jungen Männer könnten einen solchen optimierten Wehrdienst ohne zeitliche Verluste für ihre Berufs-Ausbildung ableisten.

Der Staat würde so seine Bedürfnisse mit denen der Wehrpflichtigen harmonisieren können.

Der Bundeswehr wird ihren zukünftigen GWDL und Reservisten jedoch rasch und zusätzlich weitere Chancen und attraktive Angebote offerieren müssen. Das gilt auch für ein breit angelegtes Reservisten-Wesen als Teil eines „aktiven Miliz-Systems“.

Vor allem muss das Dienstrecht flexibler gestaltet werden, damit z.B. von Soldaten mehrere kürzere Dienstzeiten nacheinander abgeleistet werden können. Nur so ist die Attraktivität des freiwilligen Dienstes in den deutschen Streitkräften auf das notwendige Maß anzuheben.

Folgerungen

Die (Einsatz-)Truppe sollte in Zukunft ausschließlich aus Freiwilligen bestehen.

Die Wehrpflicht als solche muss aus übergeordneten sicherheitspolitischen Gründen bestehen bleiben. Doch ihre Ausgestaltung bedarf dringend der Modernisierung.

- Die **Dauer des Grundwehrdienstes ist auf 3 Monate** neu festzulegen.
Die 3-monatige Wehrpflicht ist in reinen Ausbildungs-Einheiten abzuleisten.
- Die Wehrpflicht ist im Verbund mit dem Umfang der Streitkräfte, der Personal-Struktur, dem Reservisten-Wesen, der Ausbildung, dem Dienstrecht und der Wehrstruktur an zukünftige Herausforderungen anzupassen.
- Jedes Zuwarten ist schädlich. Daher sind die genannten Maßnahmen unverzüglich einzuleiten. Sie sollten bis Ende 2006 abgeschlossen werden.

Fakten und Zahlen

- ◆ Die Bundeswehr hat sich nach Auftrag und Umfeld erheblich verändert. Deshalb stellt sich die Frage nach der Wehrpflicht heute nachdrücklicher denn je. In Zukunft soll die Bundeswehr nur noch 55.000 Wehrpflichtige haben.
- ◆ In der Bundeswehr dienten vor 1989 bis zu 495.000 Soldaten. Das waren knapp 0,8% der Bevölkerung. Heute hat das vereinigte Deutschland etwa 270.000 Soldaten. Das sind nur noch etwa 0,33% der Bevölkerung. Die Zahl der Soldaten soll bis 2010 sogar auf 250.000 sinken.
- ◆ Die deutschen Streitkräfte bestehen heute zu mehr als 75% aus Freiwilligen, während sie früher (1976) weniger als 50% Freiwillige hatten. Derzeit sind nur etwa ein Fünftel der Soldaten Grundwehrdienstleistende. Und ausschließlich um diese geht es bei der ganzen Wehrpflicht-Debatte.
- ◆ Die Wehrstruktur-Kommission von Helmut Schmidt hat bereits in den 70er Jahren nachgewiesen, dass nur bei einer Dauer des Grund-Wehrdienstes von mindestens 18 Monaten ein Soldat umfassend ausgebildet werden kann. In der Truppe sollte ein Soldat wenigstens 12 Monate Standzeit haben. Daher ist eine Dienstdauer von 9 Monaten (mit einer Stehzeit in der Truppe von nur bis zu einem halben Jahr) nicht zukunftsgerecht und auch nicht zu verantworten.
- ◆ Grundwehrdienstleistende werden in den 9 Monaten ihrer Dienstzeit nach Angaben des Generalinspektors lediglich zum "Objektschutz und zum Einsatz in Katastrophenfällen" befähigt. Es fragt sich, ob dafür 9 Monate Dienstzeit erforderlich sind.
- ◆ Allein durch den heute relativ geringeren "Hebesatz" bei den Wehrpflichtigen ergibt sich trotz der unverändert hohen Zahl an Wehrdienst-Verweigerern eine dramatische Zunahme der Heranziehungs-Ungerechtigkeit. Je geringer die Wehrdienst-Dauer, desto höher die Heranziehungs-Gerechtigkeit und in der Folge auch die Wehr-Gerechtigkeit.
- ◆ Ein beliebter "Trick" der Wehrpflicht-Befürworter ist es, die **FWDL** (Freiwillig zusätzlich Wehrdienst Leistende) argumentativ als Wehrpflichtige zu betrachten. Doch FWDL sind, wie der Name schon sagt, **Freiwillige** und eben keine Grundwehrdienstleistende (GWDL) mehr.
- ◆ Bei sämtlichen **Auslands-Einsätzen** der Bundeswehr werden **ausschließlich** Soldaten verwendet, die sich für solche Einsätze **freiwillig** gemeldet haben. Die "Armee im Einsatz" ist daher bereits heute eine reine Freiwilligen-Armee.
- ◆ Die Wehrpflicht-Debatte im Ausland wird bei uns praktisch nicht wahrgenommen. Vor allem in Frankreich, der "Heimat der Wehrpflicht" war sie äußerst interessant. Alle großen demokratischen Traditions-Armeen sind heute Freiwilligen-Armeen.
- ◆ Es wird häufig behauptet, die Wehrpflicht brauche man zwingend für die "Aufwuchsfähigkeit" der Streitkräfte im Mobilmachungsfall. Bei 81.000 Wehrpflichtigen haben im Jahr 2003 lediglich 8.064 (nur 11,6 Tage lang) eine Wehrübung als Reservist absolviert. Es gibt demnach in der Praxis keine Pflege der militärischen Kompetenz nach dem Ableisten des Grundwehrdienstes.
- ◆ Heute (2003) hat die Bundeswehr buchmäßig noch 1,85 Millionen Reservisten. Sie machen derzeit zu weniger als 2,5% ihres Bestandes jährlich Reserveübungen. Die weit überwiegende Zahl der „Reservisten“ hat nie eine Reserveübung absolviert. Eine Aufwuchsfähigkeit mit qualifizierten Reservisten gibt es in der Praxis nicht.

Behauptungen und Legenden

- ◆ “Wir wollen keine Berufs-Armee.“
Die Bezeichnung "Berufs-Armee" ist irreführend. Kadettenanstalten will niemand.
Die beste Alternative zur "Wehrpflicht-Arme" ist eine "Freiwilligen-Armee".
Über 78% der deutschen Soldaten sind ohnehin bereits Freiwillige; fast 22 % sind Grundwehrdienstleistende (Zahlenbasis: 2003).
- ◆ Die Wehrpflicht-Armee ist kein "Staat im Staat".
Es gibt keinen einzigen Hinweis darauf, dass die demokratisch kontrollierte und von Demokraten in Uniform geführte Bundeswehr auch nur im Traum daran dächte, ein "Staat im Staat" sein oder werden zu wollen, selbst wenn sie eine reine Freiwilligen Armee wäre.
Die Männer des Widerstandes vom 20. Juli waren keine Wehrpflichtigen.
- ◆ Die Wehrpflicht ist die demokratischste aller Wehrformen.
Kaisers Armee und Hitlers Wehrmacht waren reine Wehrpflichtarmeen.
In beiden Weltkriegen wurden die Kämpfe weit länger und schrecklicher geführt, als das sinnvoll und militärisch vertretbar war.
- ◆ Vor allem die Wehrpflicht beugt bei Einsätzen der Streitkräfte Auswüchsen vor, die alle Regeln des Völkerrechtes und der Menschenrechte verhöhnen.
Da kein deutscher Grundwehrdienstleistender im Ausland eingesetzt werden darf, ist dieses "Argument" vollkommen inhaltsleer.
- ◆ "Die Verankerung der Armee in der Gesellschaft unterstützt eine politische Kultur der Zurückhaltung beim Einsatz der Streitkräfte."
Allein die Tatsache, dass es den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages gibt, dass die Medien jeden Auslands-Einsatz aufmerksam begleiten und dass der Deutsche Bundestag über jeden Auslands-Einsatz (nach Dauer, Region, Kosten, Zahl und Auftrag) entscheiden muss, begründet die äußerste Sorgfalt, mit der solche Einsätze durchgeführt werden.
Soldaten auf Zeit und Berufs-Soldaten sind (z.B. im Sportverein oder als Kommunalpolitiker) wesentlich mehr "in der Gesellschaft verankert" als Wehrpflichtige.
- ◆ “Die Wehrpflicht-Armee ist die intelligentere Armee.“
Sämtliche Untersuchungen zeigen ganz eindeutig, dass meist junge Männer mit höherer Bildung den Wehrdienst verweigern.
Eine Freiwilligen-Armee wäre angeblich auf eine "Negativ-Auslese" am Arbeitsmarkt angewiesen. Für diese Tendenz-Behauptung gibt es keinen seriösen Beleg.
- ◆ "Die Berufsarmee würde leicht zum Tummelplatz von Leuten, die wenig andere Perspektiven haben."
Schon heute akzeptiert die Bundeswehr nur Freiwillige, die sich für den Dienst in den Streitkräften eignen. Während der Dienstzeit gibt es zahlreiche qualifizierende (und damit auch ausschließende) Prüfungen.
Führen heißt fordern und fördern; und eben nicht nur Auslese.
Die „Friedensarmee Bundeswehr“ muss eine „Ausbildungs-Armee“ bleiben, die ständig breite und zivil nutzbare Qualifikationsmöglichkeiten anbietet.
- ◆ Eine "Berufs-Armee wäre jährlich um mindestens EURO 800 Millionen teurer“.
Diese "Rechnung" stimmt nur, wenn man Wehrpflichtige im Verhältnis 1:1 durch Zeitsoldaten (SaZ) ersetzt. Das ist aber schon auf den ersten Blick falsch.
Da SaZ anteilig weniger lang ausgebildet werden, kann ein SaZ im Durchschnitt (bei 9 Monaten Grundwehrdienst-Dauer und gemessen an der militärischen Leistung) mindestens 4 GWDL ersetzen. Da man dann auch weniger Ausbildungs- und Führungs-Personal benötigt, ist eine reine Freiwilligenarmee erheblich preisgünstiger als eine Wehrpflicht-Armee von gleicher militärischer Einsatzfähigkeit.
Sämtliche volkswirtschaftlichen Untersuchungen zeigen ganz eindeutig, dass eine Freiwilligen-Armee bei vergleichbarer Kampfkraft deutlich billiger ist.

Diskussion und Argumente

- ▶ Mit der Freiwilligen-Armee haben unsere Alliierten größte Probleme
 - Tatsache ist jedoch: Unsere wichtigsten Alliierten (USA, GB, FR) sind mit ihren Freiwilligen-Armeen sehr zufrieden.
Vereinzelte kritische Stimmen ändern daran nichts.
 - Unsere Alliierten haben, obgleich sie meist eine im Verhältnis größere Armee besitzen als Deutschland, keine grundsätzlich anderen Rekrutierungs-Probleme als wir.
 - Der Zwang, attraktiver zu werden, ist für eine moderne Armee mehr als heilsam.
- ▶ "Uneingeschränkt verfügbare Interventionskräfte" wären auch nach außen kein gutes Signal
Dieses "Argument" ist abwegig. Für die deutsche "Parlaments-Armee" besteht ohnehin keinerlei "uneingeschränkte Verfügbarkeit"
Das Einsatz-Führungs-Kommando in Potsdam sowie insbesondere die Spezialkräfte (KSK) in Calw sind genau mit dem Zweck gegründet worden, Interventions-Kräfte kurzfristig verfügbar zu haben. An den integrierten 60.000 Mann starken NATO-Interventions-Streitkräften beteiligt sich auch die Bundeswehr.
- ▶ "Zivile Spezialisten mit militärischen Kenntnissen für Auslands-Einsätze werden zur Entlastung der Soldaten nicht mehr zur Verfügung stehen."
Tatsache ist jedoch: Ehemalige hoch qualifizierte Zeitsoldaten (SaZ) stehen in ausreichender Anzahl für solche Aufgaben zur Verfügung.
Das "Argument" hat ganz offensichtlich nicht das Geringste mit der Wehrpflicht zu tun.
- ▶ "Es gibt nach wie vor Bedrohungen für Deutschland von Seiten terroristischer Staaten und Gruppen auf der ganzen Welt".
Das "Argument" ist richtig. Aber es taugt überhaupt nicht zur Begründung der Wehrpflicht. Es ist sogar mehr als fraglich, ob der internationale Terrorismus primär mit Soldaten bekämpft werden kann.
Und wenn einmal Soldaten gegen Terroristen eingesetzt werden müssen, wie beispielsweise in bestimmten Regionen Afghanistans, dann sind dort die besten Spezialkräfte der Welt gefragt und bestimmt keine Wehrpflichtigen.
- ▶ "Mit der Wehrpflicht ginge in Deutschland die letzte Pflicht zur Mitwirkung am Staatswesen verloren."
Dieses "Argument" ist nur scheinbar richtig. Es soll die Menschen ideologisch in den Glauben versetzen, wer gegen die Wehrpflicht ist, sei auch gegen unseren Staat.
Insgesamt kommen, statistisch gesehen, bei der augenblicklichen Regelung nur etwa 10% (mit Zivildienst eingeschlossen weniger als 20%) der Bevölkerung der "Pflicht" nach, durch Ableisten des Wehr- (oder Zivil-) Dienstes "am Staatswesen mitzuwirken".
Das bedeutet, dass die weit überwiegende Zahl der Staatsbürger und Staatsbürgerinnen diese Pflicht weder erfüllt, noch erfüllen kann.
Das zeigt einmal mehr, wie selektiv diese "Pflicht" ist.
Moderne Staaten verstehen sich anders und sind daher auch anders organisiert.
Im Vordergrund stehen dabei Leistungs-Gerechtigkeit, Effizienz und Arbeitsteilung. Diesen Prinzipien widerspricht die Wehrpflicht in ihrer heutigen Ausprägung auf ganzer Linie.
- ▶ "Eine Mobilmachung auf eine Armeestärke, die eine territoriale Verteidigung Deutschlands jemals wieder ermöglichen würde, ist ohne Wehrpflicht jedenfalls undenkbar".
Dieses "Argument" ist vollkommen sachfremd und enthüllt zudem eine überholt geglaubte politische Denkrichtung.
Die "territoriale Verteidigung Deutschlands" mit der Bündnis-Armee Bundeswehr findet ausschließlich an den Außengrenzen des Bündnisses statt. Dazu benötigt man hoch qualifizierte Soldaten und moderne Bewaffnung, aber mit Sicherheit keine Wehrpflichtigen.
Wenn der " Feind" erst einmal in Deutschland einmarschiert ist, ist der Krieg längst verloren.
- ▶ "Man schafft ja auch nicht die Feuerwehr ab, wenn es lange nicht brennt."
Die Bundeswehr gibt es natürlich auch ohne Wehrpflicht.
Niemand will die Bundeswehr abschaffen, sondern im Gegenteil durch die Einführung einer Freiwilligen-Armee leistungsfähiger machen für die Zukunft.